



## Beschlussempfehlung

—

Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

### **Zahnärztliche und kieferorthopädische Versorgung in den Landkreisen sicherstellen**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/757**

Alternativantrag Fraktion AfD - **Drs. 8/803**

Berichterstattung: Mitglied des Landtages Katrin Gensecke

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung empfiehlt dem Landtag unter Mitwirkung des Ausschusses für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

#### **„Zahnmedizinische und kieferorthopädische Versorgung langfristig in allen Regionen des Landes sichern**

1. Der Landtag stellt fest, dass es aufgrund der heterogenen Struktur in den Landkreisen zu einer Unterversorgung in der zahnmedizinischen und kieferorthopädischen Versorgung in einigen Regionen im Land Sachsen-Anhalt kommen kann.
2. Der Landtag begrüßt, dass eine mögliche Unterversorgung in einzelnen Regionen des Landes frühzeitig erkannt und Maßnahmen der Zahnärztekammer und Kassenzahnärztlichen Vereinigung ergriffen wurden, bspw. Stipendienprogramm an der Universität Pécs, Praxislotsen, ein Strukturfond oder das Zahnforum Halle. Darüber hinaus begrüßt der Landtag die Kooperationen von Kommunen mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung. So wurden kommunale Stipendienprogramme z. B. im Altmarkkreis Salzwedel

oder im Burgenlandkreis ausgeschrieben, um junge Zahnmedizinerinnen und Zahnmediziner für ihre berufliche Zukunft in Sachsen-Anhalt zu gewinnen.

3. Der Landtag bittet die Landesregierung, die Zahnärztekammer Sachsen-Anhalt und die Kassenzahnärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt unter Berücksichtigung des gegebenen Versorgungsauftrags bei ihren Maßnahmen zur Vermeidung einer möglichen Unterversorgung zu unterstützen, ohne in deren Selbstverwaltung oder Versorgungsauftrag einzugreifen.
4. Der Landtag bittet die Landesregierung, wie im Koalitionsvertrag festgehalten, zu prüfen, ob die erfolgreiche Land- und Amtsarztquote im Medizinstudium auch für die Zahnmedizin in Form einer Landzahnarztquote Anwendung finden kann.
5. Der Landtag bittet die Landesregierung sowie die Selbstverwaltung, die weitere Entwicklung detailliert zu beobachten und im II. Quartal 2023 zu berichten und ggf. weitere Maßnahmen auf den Weg zu bringen.“

Abstimmungsergebnis: 7 : 6 : 0

Ulrich Siegmund  
Ausschussvorsitz